



Youth Laws in Europe

Recherche zu Jugendgesetzen in Europa

Kathrin Klein-Zimmer



Fachstelle für Internationale Jugendarbeit
der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Inhaltsverzeichnis

Jugendgesetze in europäischen Ländern	3
Ausgewählte Länder und ihre Jugendgesetze	10
<i>Österreich.....</i>	<i>10</i>
<i>Estland</i>	<i>11</i>
<i>Finnland</i>	<i>11</i>
<i>Island.....</i>	<i>12</i>
<i>Lettland.....</i>	<i>13</i>
<i>Nord-Mazedonien</i>	<i>14</i>
Literatur	15

Jugendgesetze in europäischen Ländern

Im folgenden Beitrag liegt der Fokus auf der Frage, ob es in dem untersuchten Land ein Jugendgesetz gibt, auf welche Altersgruppe es sich bezieht, welche Inhalte einbezogen werden, seit wann es in Kraft ist und welche weiteren jugendrelevanten Strategien, Programme, Kampagnen damit einhergehen. Die Online-Plattform „[Youth Wiki](#)“ stellt an dieser Stelle ein umfangreiches Wissen zu den Jugendpolitiken der europäischen Länder zur Verfügung. Im Rahmen des Themenfeldes „[Youth Policy Governance](#)“ wird u.a. gefragt, ob die jeweiligen nationalen Politiken über ein spezifisches Gesetz verfügen, das die wichtigsten Ansätze der Jugendpolitik definiert. Zu allen Jugendgesetzen lassen sich auf der Online-Plattform für jedes Land weitergehende Informationen auf Englisch finden.

Im Rahmen einer Recherche des Monitoring-Teams wurden diese Fragen erörtert und das Youth Wiki als zentrales Recherchetool herangezogen.

Ein wichtiger Hinweis gleich zu Beginn:

Liegt in einem Land kein allgemeines Jugendgesetz vor, heißt dies nicht, dass die Regierung weniger aufmerksam für Jugendthemen ist. Vielmehr wird die Jugendpolitik dann oftmals in verschiedenen sektoralen Jugendgesetzen geregelt. Jugendspezifische Verpflichtungen sind dann oftmals in einer Gesetzgebung zu sozialen Dienstleistungen, oder der Gesundheitsfürsorge, in Arbeitsgesetzen, Bildungsgesetzen oder im Strafrecht integriert. Die Niederlande z.B. hat kein Jugendgesetz, es gibt aber zahlreiche Gesetze, die sich z. B. mit spezifischen Aspekten der Jugendförderung befassen (z.B. Jugendhilfegesetz).

Verfügt ein Land über ein Jugendgesetz, so wird hiermit oftmals die Jugendpolitik eines Landes rechtlich verankert (die Strukturen, die verantwortlichen Institutionen und die Mitwirkungsmöglichkeiten junger Menschen).

In einer Untersuchung der [OECD \(2019\)](#) zeigt sich, dass die meisten der untersuchten Jugendgesetze zwischen 2000 und 2010 in Kraft traten, was auf einen gesetzgeberischen Boom in Bezug auf die Jugend in den letzten zwei Jahrzehnten in den OECD-Ländern hindeutet.

Zahlreiche Jugendgesetze konzentrieren sich stark auf die Ziele der Jugendautonomie und der politischen Partizipation, um die Unabhängigkeit junger Menschen und ihre aktive Bürgerschaft zu fördern. Dieser Ansatz ist besonders ausgeprägt in den Jugendgesetzen von Finnland, Schweden, Island, der Schweiz und Luxemburg.

Andere Länder setzen eher auf einen rechtebasierten Ansatz in der Jugendpolitik, der die Normen, Standards und Prinzipien des internationalen Menschenrechtssystems in die Entwicklung, Umsetzung und Evaluierung der Jugendpolitik einbezieht.

Im Folgenden wird nunmehr zunächst ein tabellarischer Überblick gegeben, bevor einzelne länderspezifischen Jugendgesetze vorgestellt werden.

Ausgewählte europäische Länder und ihre Jugendgesetze (Stand Januar 2021)

Land	JG ja/nein	Info	Alter/Definition von Jugend	Besonderheiten
Belgien	nein		Verschiedene Altersangaben	Kein singuläres Jugendgesetz, aber u.a. Dekrete zur Förderung der Jugendarbeit (dt.-sprachiges Belgien), Jugend- und Kinderrechtspolitik 2013 (flämische Gemeinschaft)
Bulgarien	Ja	National Youth Act, 2013		Verwaltung und Finanzierung der staatlichen Jugendpolitik (Jugendorganisationen, Jugendinformation, etc.)
Dänemark	nein			
Deutschland	nein			In Deutschland gibt es weder auf nationaler Ebene noch in den Ländern ein einzelnes Gesetz, das sich umfassend mit den Bedürfnissen und Rechten junger Menschen befasst. Stattdessen beschäftigen sich eine Reihe von Gesetzen sowohl mit den Bedürfnissen und Rechten junger Menschen als auch mit weiteren jugendpolitischen Fragen, die sich daran anschließen. Hierzu gehören u.a. SGBVIII - Kinder- und Jugendhilfe , JuSchG - Jugendschutzgesetz , JGG - Jugendgerichtsgesetz , u.a.
Estland	nein	2010	7-26	Kinderschutzgesetz und Jugendarbeitsgesetz (Youth Work Act)
Finnland	ja	2006 Youth Act 2017	0-29	Weitere Dekrete zu Jugendarbeit und Jugendpolitik begleiten den Youth Act + Child Welfare Act + Basic Education Act
Frankreich	nein			Jugend ist Gegenstand spezifischer Gesetze verschiedener Ministerien (Jugendministerium, Ministerium

				für nationale Bildung, Justizministerium) Gesetze konzentrieren sich auf Schutz, soziale und berufliche Eingliederung und Ausbildung
Island	ja	2007 Youth Act	6-25	
Irland	nein			Child Care Act 1991, Youth Work Strategy
Italien	nein			In den 13 Regionen und den 2 autonomen Provinzen in Italien wurden Jugendrahmengesetze unter Berücksichtigung der nationalen Verfassung und der bestehenden europäischen und internationalen Gesetzgebung erlassen
Kroatien	nein			National Youth Programme
Lettland	ja	Youth Law , 2009	13-25	+voluntary work law, 2016
Litauen	ja	Law on Youth Policy Framework , 2003, revised and updated 2019		
Luxemburg	ja	2008, überarbeitet 2016 Youth Law	12-30	+ spezifische Vorschriften zur Regulierung des Jugendgesetzes
Malta	nein			
Niederlande	ja	Child and Youth Act , 2015	0-18	Regeln über die kommunale Verantwortung für die Prävention, die Unterstützung, Hilfe und Betreuung von Jugendlichen und Eltern beim Aufwachsen und bei der Erziehung Weitere relevante Gesetze sind der participation act, social support act, act on primary education, act on secondary education
Nord- Mazedonien	ja	Law on Youth Participation and Youth		

		Policies, 2020		
Norwegen	nein			<p>Es gibt keine gesetzliche Klassifizierung der Jugend die Rechte der Jugend werden jedoch weitgehend durch Gesetze, die sich auf Kinder und Sozialfürsorge beziehen, gewahrt.</p> <p>Spezifische Gesetze, die Jugendfragen angehen sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Children’s Act • Guardianship Act • Child Welfare Act • Education Act
Österreich	nein		<p>Unterschiedliche Altersangaben, je nach Gesetz</p> <p>Jugendschutzgesetz bis 18 Jahre</p>	<p>mehrere Gesetze für verschiedene jugendrelevante Themen</p> <p>Zentral sind die Jugendschutzgesetze (eine Zusammenfassung findet sich auf dem Österreichischen Jugendportal)</p>
Polen	nein			<p>Sektorale Jugendpolitik,</p> <p>youth related regulations in folgenden Gesetzen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • the Constitution of the Republic of Poland (of 1997) • Family and Guardianship Code • Labour Code • Juvenile Proceedings Act • Education Law Act on Higher Education, • Post-graduate Placements Act • Associations Act <p>Die Oppositionsparteien haben hingegen einen Entwurf für ein Jugendgesetz vorgesehen mit folgenden Prinzipien:</p> <p>Schaffung der Grundlagen für die Jugendpolitik, Einbeziehung der Jugendlichen in die Entscheidungsfindung, Beteiligung</p>

				der Jugendlichen am gesellschaftlichen Leben und Entwicklung eines Jugendinformationssystems
Portugal	nein			<p>Artikel 70 der Verfassung der Portugiesischen Republik weist dem Staat die Verpflichtung zu, einen besonderen Schutz für junge Menschen zu gewährleisten, um die Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu garantieren.</p> <p>Rechte von Jugendlichen sind quer in verschiedenen Gesetzen verankert, z.B. bei Bildung, Arbeit, Gesundheit, Bürgerschaft, etc.</p>
Rumänien	ja	Youth Law 2006	14-35	Debatten um ein neues Jugendgesetz sind aktuell in Gange
Serbien	ja	Law on Youth, 2012	15-30	
Slowakei	nein			
Slowenien	nein	2010	15-29	<p>Kein direktes Jugendgesetz, aber:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Act on Public Interest in the Youth Sector, 2010 • Youth Council Act, 2010 • Students Association Act, 1994
Spanien	nein			<p>Kein allgemeines Jugendgesetz, aber Gesetze zu Jugend in 12 von 17 der autonomen Regionen</p>
Schweden	nein			<p>Kein allgemeines Gesetz, Jugendfragen werden in folgenden Bereichen rechtlich verankert</p> <ul style="list-style-type: none"> • Act concerning support and service for persons with certain functional impairments (Lagen om stöd och service till vissa funktionshindrade, LSS) • Aliens act (Utlänningslagen) • Care of young persons act (Lag med särskilda bestämmelser om vård av unga) • Education act (Skollagen) • Higher education act (Högskolelag)

				<ul style="list-style-type: none"> • Parents code (Föräldrabalken) • Social services act (Socialtjänstlagen) <p>Zudem wurde die UN-Kinderrechtskonvention in schwedischem Recht verankert (seit 1. Januar 2020)</p>
Türkei	nein			<p>Jugendschutzrecht als Teil der Verfassung:</p> <p>article 58 “Protection of Youth” of the Constitution of the Republic of Turkey (Türkiye Cumhuriyeti Anayasası),</p> <p>Dekret Legislative Decree Number 638, 2011 on the Organization and Duties of the Ministry of Youth and Sports wird als Jugendgesetz betrachtet</p> <p>more information in English</p>
Tschechische Republik	nein	Kein allgemeines Jugendgesetz		<p>Jugendfragen werden quer zu allen Sektoren berücksichtigt → allgemeine Ziele der Gesetze sind die Definition von Altersgrenzen, Erleichterung in Lebenssituationen, Schutz von Kinder und Jugendlichen vor schädlichen Einwirkungen, Verbesserung erzieherischer Effekt</p> <p>Sozial-rechtliches Kinderschutzgesetz, Jugendgerichtsgesetz</p>
Ungarn	nein			<p>Gibt immer wieder Debatten darüber, aber die aktuelle Regierung plant kein Jugendgesetz</p>
UK (England)	nein			<p>Kein allgemeines Jugendgesetz, aber vielfältige Gesetze, die Jugendinteressen behandeln:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Children Act 1989 • Children Act 2004 • Education and Inspections Act 2006 • Children and Young Persons Act 2008

				<ul style="list-style-type: none"> • Children and Families Action 2014 • Children and Social Work Act 2017
UK (Nordirland)	nein			<ul style="list-style-type: none"> • Education and Libraries (Northern Ireland) Order 1986 • Youth Service (Northern Ireland) Order 1989. • Education and Libraries (Northern Ireland) Order 1986 • Recreation and Youth Service (Northern Ireland) Order 1986. • Children (Northern Ireland) Order 1995 • Commissioner for Children and Young People (Northern Ireland) Order 2003 • Children's Services Co-operation Act (Northern Ireland) 2015 • Shared Education Act (Northern Ireland) 2016
UK (Schottland)	nein			<ul style="list-style-type: none"> • Education (Scotland) Act 1980 • The Requirements for Community Learning and Development (Scotland) Regulations 2013. • Other relevant legislation includes: • Children (Scotland) Act 1995. • Commissioner for Children and Young People (Scotland) Act 2003 • Children and Young People (Scotland) Act 2014.
UK (Wales)	nein			<ul style="list-style-type: none"> • Learning and Skills Act 2000 (Act of Parliament). • Children and Families (Wales) Measure 2010 (Measure of the National Assembly for Wales) • Equality Act 2010 (Act of Parliament) • Rights of Children and Young Persons (Wales) Measure 2011

				(Measure of the National Assembly for Wales) <ul style="list-style-type: none"> • Social Services and Well-being (Wales) Act 2014 (Act of the National Assembly for Wales) • Well-being of Future Generations (Wales) Act 2015 (Act of the National Assembly for Wales)
Zypern	nein			
Schweiz	ja	2011	KG-25	

Ausgewählte Länder und ihre Jugendgesetze

Österreich

In Österreich gibt es mehrere Jugendgesetze zu spezifischen jugendrelevanten Themen. Zentral sind die jeweiligen Jugendschutzgesetze und ein System aus Mit- und Selbstbestimmungsrechten.

Jugendschutzgesetze: Die Jugendschutzgesetze sind dazu da, junge Menschen vor schwierigen Situationen zu bewahren. In der Praxis gehören dazu altersspezifische Regelungen über den Zugang zu bestimmten Orten, das Trampeln, den Theater-, Kino- und Kneipenbesuch, die Benutzung von Spielhallen/Glücksspielautomaten und den Konsum von Alkohol und Zigaretten.

Für die altersbezogene Abstufung innerhalb des Jugendschutzgesetzes sind die Bundesländer innerhalb Österreichs zuständig, es gilt hier das Territorialprinzip. 2019 hat hier eine Vereinheitlichung stattgefunden, auch wenn es weiterhin 9 verschiedene Jugend(schutz)gesetze gibt, für jedes Bundesland. (weitere Infos [Österreichisches Jugendportal](#)!).

Zudem gibt es weitere **altersbezogene Regelungen**, wie z.B. Wahlalter mit 16 Jahren, Schulpflicht ab 6 Jahren für 10 Jahre, mit 14 Entscheidungsrecht über Religionszugehörigkeit, etc.

- **Bundesjugendfördergesetz:** seit 2000 in Kraft, Aktualisierung 2018, Ziel ist die Förderung von Maßnahmen der außerschulischen Jugendbildung und Jugendarbeit, um die Entwicklung der geistigen, seelischen, körperlichen,

sozialen, politischen, religiösen und ethischen Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen zu fördern.

- **Bundes-Jugendvertretungsgesetz:** seit 2000 in Kraft, geändert 2001. Mit diesem Gesetz sollen die Vertretungen der Anliegen junger Menschen gegenüber den politischen Entscheidungsträgern auf Bundesebene sichergestellt werden.
- **Jugendgerichtsgesetz (JGG):** seit 1988 in Kraft, zuletzt 2019 geändert, regelt das formale Strafrecht für junge Straftäter.
- **Gewaltschutzgesetz:** 2019, sehr kontrovers diskutierte Gesetzes Einführung, da es mit dem Gesetz möglich wird, lebenslange Freiheitsstrafen für unter 21-Jährige zu verhängen (ein Rückschritt in der Kriminalpolitik Österreichs um 150 Jahre ([Stellungnahme von Robert Kert](#), Professor für Kriminalrecht)).
- **Kinder- und Jugendlichen-Beschäftigungsgesetz:** seit 1987 in Kraft, 2018 geändert, besagt, dass Kinder bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres bzw. bis zum Ende der Schulpflicht nicht arbeiten dürfen, auch nicht im Rahmen einer Lehre. Für Jugendliche bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres gibt es Regelungen zu Arbeits- und Freizeit.
- **Jugendausbildungs-Sicherungsgesetz:** 1998-2011
- **Bundes-Kinder- und Jugendhilfegesetz:** seit 2013, 2018 geändert. Enthält Richtlinien für den Kinderschutz und die Kindeswohlgefährdung. Ist ein Kind schutz- und pflegebedürftig und kann es zu Hause nicht versorgt werden, ist das örtliche Jugendamt verpflichtet, für eine angemessene Betreuung zu sorgen und kann das Kind im Rahmen einer freiwilligen Betreuungsvereinbarung mit den Eltern/Vormund(en) oder durch einen Gerichtsbeschluss in Pflege geben,

Estland

Das Gesetz über die Jugendarbeit ([Youth Work Act](#)) bildet die rechtliche Grundlage für die Organisation und Finanzierung der Jugendarbeit. Das Gesetz definiert die wichtigsten Begriffe, die im Jugendbereich verwendet werden, die wichtigsten Institutionen, Organisationen und Formen der Jugendarbeit, die Prinzipien der Jugendarbeit, die Finanzierung der Jugendarbeit, usw. Das Gesetz regelt die Zuständigkeiten für die Jugendarbeit des Ministeriums für Bildung und Forschung, der Kreisverwaltungen und der lokalen Gemeinden. Das Gesetz definiert kommunale und lokale Jugendräte. Es hält fest, dass die Landräte die Umsetzung der nationalen Jugendarbeitsprogramme koordinieren sollen, sowie die zweckmäßige Verwendung der für die Jugendarbeit bereitgestellten Mittel aus dem Haushalt. Ländliche Gemeinden und Stadtverwaltungen sind beauftragt, die Prioritäten der Jugendarbeit in ihrem Verwaltungsgebiet festzulegen.

Finnland

Das Jugendgesetz ([Youth Act 2017](#)) in Finnland wird durch weitere Gesetze und Dekrete flankiert (z.B. der [Government Degree on Youth Work and Youth Policy](#), [der Child Welfare Act](#), der Basic Education Act,). Im finnischen Youth Act werden die Ziele und Werte der Jugendarbeit/Jugendpolitik festgelegt. Ziel des Gesetzes ist u.a.:

- 1) die soziale Eingliederung junger Menschen zu fördern und ihnen die Möglichkeiten zu geben, Einfluss zu nehmen und ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten zu verbessern, um in der Gesellschaft integriert zu sein
- 2) das Wachstum, die Unabhängigkeit und das Gemeinschaftsgefühl junger Menschen zu unterstützen und den Erwerb von Kenntnissen und die Aneignung von Fähigkeiten zu erleichtern, die für diesen Zweck notwendig sind;
- 3) die Freizeitgestaltung junger Menschen und ihr Engagement in der Zivilgesellschaft zu unterstützen;
- 4) die Nicht-Diskriminierung und Gleichberechtigung junger Menschen und die Verwirklichung ihrer Rechte zu fördern
- 5) die Entwicklungs- und Lebensbedingungen junger Menschen zu verbessern.

Die Umsetzung des Jugendgesetzes basiert auf Solidarität, kultureller Vielfalt und Internationalität, nachhaltiger Entwicklung, gesunder Lebensweise, Respekt für das Leben und die Umwelt sowie sektorübergreifender Zusammenarbeit.

Das Gesetz definiert die Aufgaben und Rollen des Ministeriums für Bildung und Kultur, der regionalen staatlichen Verwaltungsbehörden, des staatlichen Jugendrates. Es enthält auch Bestimmungen über das Nationale Programm für Jugendarbeit und Jugendpolitik.

Als Teil der lokalen Jugendarbeit und Jugendpolitik definiert das Jugendgesetz die Rollen und Verantwortlichkeiten der lokalen Behörden, Jugendverbände und anderer Organisationen, die Jugendarbeit betreiben. Dazu gehören z.B. auch Bestimmungen zur sektorübergreifenden Zusammenarbeit, zur aufsuchenden Jugendarbeit und zu Jugendwerkstattaktivitäten.

Rechte junger Menschen:

Zu den im Jugendgesetz festgelegten Rechten junger Menschen gehört die Beteiligung junger Menschen an der Jugendarbeit und Jugendpolitik auf lokaler und nationaler Ebene.

Außerdem wird festgelegt, dass junge Menschen in Angelegenheiten, die sie betreffen, konsultiert werden müssen.

Das Ziel des Jugendgesetzes ist es, alle Personen im Alter von 0 bis 29 Jahren zu unterstützen. Das Gesetz enthält jedoch besondere Bestimmungen zur aufsuchenden Jugendarbeit und zu Jugendworkshops, die darauf abzielen, jene jungen Menschen zu unterstützen, die besonders unterstützungsbedürftig sind.

Island

In Island wurde der Youth Act 2007 letztmalig abgeändert. Der Zweck des Jugendgesetzes ist es, Kinder und Jugendliche im Alter von 6 bis 25 Jahren bei der

Teilnahme an Jugendaktivitäten zu unterstützen. Der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur ist die höchste Autorität in Jugendangelegenheiten.

Das Gesetz umfasst:

1. Den Betrieb von Vereinen und Vereinsorganisationen
2. Jugendaktivitäten, die von den nationalen Behörden, Gemeinden und Schulen durchgeführt werden.
3. Andere Tätigkeiten, die sich hauptsächlich an nicht organisierte Jugendliche in der organisierten Jugendarbeit richten.

Das Gesetz regelt auch den Hintergrund derjenigen, die mit Kindern und Jugendlichen in der Jugendarbeit arbeiten oder für sie verantwortlich sein dürfen.

Nach dem Jugendgesetz unterliegt die staatliche Finanzierung für den Betrieb der Jugendorganisationen dem Parlamentsbeschluss im allgemeinen Haushalt, aber die Finanzierung des Betriebs von lokalen Jugendklubs und Jugendorganisationen hängt von den Entscheidungen in den kommunalen Haushaltsplänen ab.

Der Minister ernennt Vertreter für den Jugendrat und das Parlament weist dem Jugendfonds Mittel zur Förderung von Jugendaktivitäten zu.

Der Minister fördert auch eine regelmäßige Jugendforschung, die dazu dient, zukünftige Richtlinien für Jugendangelegenheiten zu formulieren und ernennt einen fünfköpfigen beratenden Studienausschuss.

Letland

Das Hauptziel der Jugendpolitik in Lettland ist die Verbesserung der Lebensqualität junger Menschen (Personen im Alter von 13 bis 25 Jahren) durch die Förderung ihrer Initiativen, der Teilnahme an Entscheidungsprozessen und des sozialen Lebens. Jugendgesetze unterstützen die Jugendarbeit und ermöglichen Kindern einen leichteren Übergang ins Erwachsenenalter.

7 Prinzipien:

- Partnerschaftsprinzip
- Prinzip der Informationsverfügbarkeit
- Prinzip der Chancengleichheit
- Prinzip der Beachtung von Jugendinteressen
- Prinzip der günstigen sozialen und wirtschaftlichen Voraussetzungen
- Grundsatz der Verfügbarkeit von Mobilität und Internationaler Zusammenarbeit
- Grundsatz der Erleichterung der Jugendintegration

Nord-Mazedonien

Gegenstand der Regelung des Gesetzes sind die Formen der Jugendorganisation, die Beteiligung der Jugend am Prozess der Schaffung der Jugendpolitik und der damit verbundenen Entscheidungsfindung, strategische Dokumente auf nationaler und lokaler Ebene, Aktivitäten und Maßnahmen, die von staatlichen Verwaltungsorganen und lokalen Selbstverwaltungseinheiten zur Förderung der Position junger Menschen in der Gesellschaft unternommen werden, sowie die Information und gemeinsame Planung von Aktivitäten in Bezug auf und für junge Menschen.

Gemäß Artikel 2 ist der Zweck des Gesetzes, Folgendes zu gewährleisten:

- 1) die Schaffung und Umsetzung von Jugendpolitik auf allen Ebenen durch einen multisektoralen Ansatz, ausgehend von den Bedürfnissen und Interessen junger Menschen,
- 2) die Stärkung der Beteiligung junger Menschen an den Prozessen der Schaffung von Politiken für junge Menschen, der aktiven Information, der Förderung und des Schutzes der Interessen junger Menschen, sowie die Stärkung des Bewusstseins für die Bedeutung junger Menschen und ihrer sozialen Rolle,
- 3) Förderung von Partnerschaften zwischen den Generationen, um die Beteiligung der Jugend an der Entscheidungsfindung und am politischen Prozess zu unterstützen,
- 4) Unterstützung und Förderung der Jugendorganisation,
- 5) Förderung des strukturellen Dialogs auf nationaler und lokaler Ebene
- 6) Ermutigung zu ehrenamtlichem Engagement, Jugendaktivismus und Jugendarbeit und
- 7) die Förderung der persönlichen, beruflichen und sozialen Entwicklung junger Menschen.

In den untersuchten europäischen Ländern können unterschiedliche Formen von Dokumenten herausgearbeitet werden, die junge Menschen adressieren. Eine Anerkennung junger Menschen erfolgt u.a. über eine verfassungsrechtliche Verankerung, über spezifische Jugend-, Jugendschutz,- bzw. Jugendhilfegesetze, über nationale Strategien und andere politischen und programmatische Jugenddokumenten (vgl. hierzu auch [die vergleichende Studie von Perovic 2016](#)). Alle hier aufgeführten europäischen Länder verfügen somit über eine nationale Jugendpolitik in Form eines Gesetzes, einer Strategie oder eines anderen programmatischen Dokuments. Mehr und mehr findet die Jugend ihren Platz auf der politischen Agenda der Nationalstaaten und Europas.

Literatur

Perovic, Bojana (2016): Defining Youth in Contemporary National Legal and Policy Frameworks Across Europe. Youth Partnership.